

Wohin steuern nach der Flut?

von

Heiner Flassbeck

FTD, August 2002

Die Flut im Osten Deutschlands scheint bei einigen Beobachtern die berühmte Oberkante Unterlippe überschritten und sich im Hirn breit gemacht zu haben. Nicht nur, daß negative Folgen der Verschiebung der Steuerreformstufe 2003 zugunsten der direkten Hilfe der Flutopfer ausgemacht werden, einige behaupten sogar, gerade für die Menschen im Osten sei die Verschiebung schlecht, weil man dort den Aufschwung noch mehr brauche als im Westen. Die Konfusion nimmt zu, wenn die gleichen Kommentatoren, die eine Verschiebung der Steuersenkung für fatal halten, höhere Schulden des Staates befürworten.

Aber von Anfang an. Als die Ökonomie noch bemüht war, den Menschen klares Denken beizubringen, statt sie zu verwirren, hätte jeder Student im zweiten Semester eine einfache Rechnung aufmachen können: Senkt man im kommenden Jahr die Steuern für Haushalte und Unternehmen um 7 Mrd. Euro, werden davon höchstens 6,3 Mrd. ausgegeben, also wieder bei den Unternehmen landen, weil normalerweise mindestens 10 % eines solchen Einnahmezuwachses gespart werden. Um die gesamten 7 Mrd. zu erhalten, müssen die Unternehmen sich bei den Banken mit 0,7 Mrd. zusätzlich verschulden.

Wird nun die Steuersenkung ausgesetzt und das Geld den Kommunen, privaten Haushalten und Unternehmen in Form von Zuschüssen als Direkthilfe zur Beseitigung der Schäden der Flut gegeben, werden mehr als 6,3 Mrd. als Anregung bei den Unternehmen landen, weil alle von der Flut betroffenen keinen Spielraum für neue Ersparnisse haben. Insofern ist der bloße Ersatz der Steuersenkung durch die Direkthilfe eine für die gesamte Konjunktur in Deutschland eindeutig anregende Maßnahme, von dubiosen und durch nichts belegbaren "Anreizwirkungen" einer schon in 2003 realisierten Steuersenkung einmal abgesehen.

Bei den Unternehmen in Ostdeutschland wird von den Direkthilfen aber sehr viel mehr ankommen als von einer allgemeinen Steuersenkung. Die regionale Bauindustrie wird viele neue Aufträge bekommen und viele Menschen, die ihre Häuser, Wohnungen und Gärten wieder in Ordnung bringen wollen, werden auf die regionalen Handwerker zurückgreifen. Zwar braucht Ostdeutschland selbstverständlich einen allgemeinen Aufschwung, die Region hat aber zugleich immer noch ein Wettbewerbsproblem bei Industriegütern, was dafür spricht, daß sie bei den positiven Nachfrageeffekten einer allgemeinen Steuerentlastung viel weniger profitiert als der Westen.

Für heillose Verwirrung in der Flutdiskussion sorgt die Tatsache, daß zumeist ausgeblendet bleibt, daß der gesamte deutsche Staatshaushalt, ob mit Steuerentlastung oder mit Flut-Direkthilfe, im nächsten Jahr die Konjunktur bremsen wird. Der ein wenig bessere Wirkungsgrad der Fluthilfe im Vergleich zur Steuersenkung kann die negativen Effekte der im Übrigen geplanten Ausgabekürzungen auf die Gewinne der Unternehmen nicht ausgleichen. Das war, schon vor der Flut, eine äußerst riskante Strategie. Nun erhält sie eine zusätzliche Dimension. Bleibt der Aufschwung aus, wird es den Menschen in den betroffenen Gebieten Ostdeutsch-

lands noch schlechter gehen, weil selbst bei den großzügigsten Varianten der Hilfe diese nicht ausreichen wird, die tatsächlich entstandenen Schäden vollständig abzudecken.

In dieser Situation sollte in der Tat über eine Finanzierung der Fluthilfe über höhere Neuverschuldung des Staates gesprochen werden. In diesem Fall wäre der Effekt auf die Unternehmensgewinne und die Konjunktur bei weitem höher als in den vorher diskutierten Varianten. Sieben Milliarden Euro würden brutto wie netto positiv zu Buche schlagen, da ein negativer Zinseffekt vermehrter staatlicher Kreditaufnahme bei darniederliegender Nachfrage der Unternehmen nach Krediten ausgeschlossen werden kann. Immerhin würde damit der Staat einem Aufschwung nicht mehr im Wege stehen. Die Behauptung, dann würden zukünftige Generationen belastet, ist lächerlich: Wenn in den Folgejahren der Aufschwung ausbleibt, werden junge Menschen durch Arbeitslosigkeit und geringe Einkommenssteigerungen erheblich mehr belastet, als durch eine abstrakte, weil nur unter der Annahme gleichbleibend niedriger Wachstumsraten zu erwartende, Belastung durch zukünftig höhere Steuern.

Schließlich könnte Brüssel oder die Europäische Notenbank der Bundesrepublik einen Strich durch diese Rechnung machen. Dieser Auseinandersetzung aber kann die neue Bundesregierung, will sie erfolgreich sein, nach dem 22. 9. ohnehin nicht aus dem Wege gehen. Sollte es in Brüssel und Frankfurt ein Verständnis der europäischen Verträge geben, wonach selbst in einer Notsituation und vor dem Hintergrund einer anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation einem Land die effizientesten Maßnahmen untersagt werden, muß die Bundesrepublik all ihr Gewicht in die Waagschale werfen, um ein gefährliches Präjudiz abzuwenden.